

Lasse Becker, Reinhard Brandl MdB, Philipp Mißfelder MdB, Stefan Ruppert MdB,
Jens Spahn MdB, Florian Toncar MdB, Johannes Vogel MdB, Marco Wanderwitz MdB

Gemeinsames Positionspapier junger Vertreter von CDU/CSU und FDP

Für Generationengerechtigkeit: Priorität ausgeglichener Haushalt

Die Bundesrepublik Deutschland hat mit der Einführung der Schuldenbremse im Grundgesetz einen wichtigen Schritt zur Eindämmung der jahrzehntelangen Defizitpolitik gemacht. Eine Reduzierung des Defizits durch Steuererhöhungen oder Inflation ist hierzu keine Alternative. Kontinuierliches Wirtschaftswachstum bei gleichzeitiger Zurückhaltung bei den Ausgaben ist die beste Möglichkeit, um die übermäßige Staatsverschuldung Schritt für Schritt zu überwinden.

Wenn die Schuldenlast Deutschlands und anderer europäischer Staaten nicht reduziert wird, wird unsere Generation ein hochgradig belastendes finanzielles Erbe antreten müssen. Statt Politik aktiv zu gestalten, würden wir zu Getriebenen von Handlungszwängen, die uns marode Staatsfinanzen auferlegen. Wie das aussieht und welche fatalen Folgen das gerade für die Schwächeren in der Gesellschaft haben kann, ist derzeit in einigen europäischen Partnerländern zu erleben.

Wir haben uns als Vertreter der jungen Generation in Union und FDP seit jeher für die Schuldenbremse eingesetzt und fordern deren Einhaltung konsequent ein. Unerwartet höhere Einnahmen sollen zuallererst zur Tilgung eingesetzt werden und nicht zu weiteren Ausgaben führen. Angesichts von Rekordsteuereinnahmen - in Deutschland werden im Jahr 2012 mit 602.400.000.000 Euro so viele Steuern eingenommen wie noch nie zuvor - haben wir kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Deswegen liegt die Lösung auch nicht in Steuererhöhungen, wie SPD, Grüne und Linke sie umfänglich und für breite Bevölkerungsschichten planen, sondern in einer Ausgabenpolitik mit Augenmaß..

Ein Haushalt ohne neue Schulden muss daher das oberste Ziel unseres politischen Handelns sein. Diesem haben sich in Zukunft alle anderen politischen Belange unterzuordnen. Nicht alles Wünschenswerte ist möglich. Dies sagen wir auch mit Blick auf die am Sonntag anstehenden Entscheidungen in der Koalition - jede einzelne der diskutierten Maßnahmen mag in sich ihre nachvollziehbare Berechtigung haben, sie müssen aber in jedem Fall sauber und nachvollziehbar gegenfinanziert werden. Eine schuldenfinanzierte Lösung darf es nicht geben.

Deswegen wäre es ein wichtiges Zeichen gerade für die junge Generation, wenn wir uns in der christlich-liberalen Koalition entschlossen zu dem Ziel bekennen würden, schon 2014 einen ausgeglichenen Bundeshaushalt zu erreichen. Angesichts steigender Steuereinnahmen ist dies ohne unzumutbare Einschnitte möglich. Ein solcher Schritt wäre auch ein starkes Signal für ganz Europa.